



Umstritten ist ein Baugesuch am Höhenring in Wartenberg. Dieses hätte zwar eine eigentlich gewollte Nachverdichtung zur Folge, doch es gibt Bedenken.  
© Albrecht

## **Pikante Debatte um den Höhenring im Wartenberger Bauausschuss**

### **„Innenvernichtung statt Innenverdichtung“?**

Nikolaus Hintermaier (FDP) wurde angesichts dieser Planung zum Rhetoriker: „Architektonisch ist das der Gnadenschuss“, polterte er in der Sitzung des Wartenberger Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses am Montag. Und weiter: „Das ist keine Innenverdichtung, das ist Innenvernichtung.“ Ins Visier genommen hatte er die Planungen am Höhenring.

VON KLAUS KUHN

Wartenberg – Auf der Leinwand erschien das Bild eines geplanten Mehrfamilienhauses mit drei Stockwerken, Flachdach und Tiefgarage mit Erschließung von unten her, und zwar an einem recht steilen Hanggrundstück. Und doch: Was da am Höhenring angedacht ist, entspricht genau dem, was letztlich politisch gewollt ist: verdichtet bauen, Wohnraum schaffen, Autos in Tiefgaragen verschwinden lassen.

Schon vor dem Einstieg in die Tagesordnung hatte Martin Hamberger (CSU) eine Ortseinsicht verlangt, eine Forderung, der sich sein Fraktionskollege Franz Gerstner später in der Sitzung anschloss. Genau die wird es jetzt auch geben, und zwar in der kommenden Ausschusssitzung. Bürgermeister Christian Pröbst verzichtete auf eine Abstimmung.

Es geht um einen größeren Entwurf. Pröbst sieht hier einen weiteren Bebauungsplan, den sich der Gemeinderat seiner Ansicht nach vornehmen müssen, weil er in aktueller Form nicht mehr zeitgemäß sei. Es könne, orakelte er, durchaus sein, dass weitere Vorhaben dieser Art auf den Tisch kommen. Das sei doch besser als die grüne Wiese zuzubauen.

Tatsächlich hatte Pröbst schon früher angekündigt, dass der Markt sich nach und nach alle veralteten Bebauungspläne werde vornehmen müssen, um diese auf ihre Potenziale zur Nachverdichtung zu überprüfen.



[+](#)

Thema im Ausschuss war etwa die steile Hanglage. Das Ganze hätte Signalwirkung für weitere Bauvorhaben dieser Art.

© Albrecht

Eduard Ertl (Neue Mitte) fragte nach den öffentlichen Stellplätzen in diesem Bereich. Die gebe es nämlich nicht, und das werde die Situation sicher nicht leichter machen. Genau das Problem, antwortete Pröbst, werde sich über eine Änderung des Bebauungsplans regeln lassen, und das müsse natürlich auch geregelt werden.